

Auszug aus **FORVM** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/indien-bleibt-elend.html)

erstellt am: 11. Dezember 2023

Datum dieses Beitrags: Februar 1970

Indien bleibt elend

Entwicklungshilfe als Schwindel

P. S., Student der Wirtschaftswissenschaften, veröffentlicht diese Studie als Ergebnis einer Südasienreise.

■ PHILIPP SCHÖNBÄCK

1. Zerstörung der vorkolonialen Produktionsweise

Der offenbare Hauptwiderspruch in den Ländern der armen Welt besteht darin, daß der größte Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung mit wirtschaftlichen Aktivitäten außerordentlich geringer Produktivität oder überhaupt nicht güterschaffend beschäftigt ist, obwohl der größte Teil der Menschen in Armut lebt, und die natürlichen Ressourcen eine ausreichende Basis für die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen wären.

Am Beispiel Indiens soll die für die Erklärung der sozioökonomischen Stagnation der sogenannten Entwicklungsländer zentrale These überprüft werden, daß die europäischen Kolonialmächte die Gesellschaftssysteme in den Kolonien nicht nur unterwarfen und ausplünderten, sondern daß sie die Industrialisierung und Entwicklung einer kapitalistischen Wirtschaftsform westlicher Prägung in den Kolonien verhinderten, daß daher *die Kolonialpolitik der europäischen Mächte die Ursache der heutigen Unterentwicklung ist*. [1]

Die Zerstörung von vorkolonialen und vorindustriellen Produktionsweisen, deren Produkte sowohl für den Binnenbedarf als auch für den Exporthandel Indiens außerordentliche Bedeu-

tung hatten, soll am Beispiel der Baumwolle dargestellt werden.

Die einzige reine Baumwollindustrie, die in Europa zu Beginn des 18. Jahrhunderts bekannt wurde, war die Indiens; ihre Erzeugnisse (Kattun — calicos) wurden von den östlichen Handelskompanien im Ausland und zu Hause verkauft, wo sie allerdings von den einheimischen Herstellern von Woll-, Leinen- und Seidenstoffen energisch bekämpft wurden. [2]

Marx wies auf die Bedeutung dieser Produktion für die indische Wirtschaft und Gesellschaftsstruktur hin: „Die Familiengenossenschaften (in den indischen Dörfern) hatten ihre Grundlage im Hausgewerbe, in jener eigenartigen Verbindung von Handweberei, Handspinnerei und handgetriebenem Ackerbau, die sie in den Stand setzten, sich selbst zu versorgen.“ [3]

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde durch eine *Importsperre dieser Produkte* der englische Binnenmarkt für die heimische Wollindustrie frei gemacht, die sich nun der Produktion von Baumwollstoffen zuwandte. Das Rohmaterial lieferten die Sklavenplantagen der Westindischen Inseln und später der amerikanischen Südstaaten. Die englischen Erfindungen in den Herstellungstechniken der Textilien leiteten die enorme Entwicklung dieser Industrie ein, die zur Führungsindustrie in der Frühphase der industriellen Revolution wurde.

Der Export britischer Baumwollprodukte, der nach den Napoleonischen Kriegen noch zu fast zwei Drittel in Europa und den USA abgesetzt werden

konnte, mußte durch den zunehmenden Konkurrenzdruck in diesen Gebieten in die formellen und nichtformellen Kolonien ausweichen, da das Sinken der Profitrate zur Erschließung neuer Absatzmärkte zwang.

Als es Lord Hastings von 1816 bis 1818 gelungen war, durch die größten militärischen Operationen der indischen Geschichte ganz Indien (mit Ausnahme des Sindh und des Punjab) bis zum Indus entweder direkt oder indirekt unter Kontrolle zu bringen, war die ausreichende Basis für eine effiziente Kolonialpolitik geschaffen. Ein *gesetzliches Verbot für Maschinenimporte des Textilsektors nach Indien* sollte die indische Textilproduktion von den technischen Neuerungen ausschließen. [4]

Der Verkaufspreis von einem Pfund gesponnener Baumwolle sank zwischen 1774 und 1820 auf etwa ein Zehntel des ursprünglichen Preises. [5] Da zu diesem Preis manuell nicht mehr produziert werden konnte, wurde der größte Teil der indischen Heimarbeiter arbeitslos.

Die anfängliche Verhinderung der Technisierung durch das Maschinenimportverbot ermöglichte den englischen Produzenten die Eroberung fast des gesamten indischen Binnenmarktes. Die britische Baumwollausfuhr nach Ostindien (Indien und Ferner Osten), die um 1820 lediglich 6 Prozent des gesamten Exportes ausmachte, erhöhte sich bis 1873 auf 60 Prozent, wovon fast die Hälfte allein nach Indien ging. [6]

Die Arbeitslosen des Textilsektors versuchten vor allem, in der Landwirtschaft unterzukommen. *Dieser*

Prozeß der Ruralisierung ist eine der Ursachen für die heutige landwirtschaftliche Überbevölkerung.

2. Internes Unterdrückungssystem

Der Handel mit den Hauptnahrungsmitteln, den die Engländer schon im 18. Jahrhundert monopolisiert hatten, ermöglichte ihnen die geschickte Ausnutzung von Hungersnöten. 1769/70 wurde die Dividendenausschüttung der East Indian Company von 10 Prozent auf 12,5 Prozent erhöht, während in Indien zur selben Zeit ein Drittel der Bevölkerung verbungerte. [7]

Eine der folgenschwersten Veränderungen, die die britische Kolonialpolitik verursachte, ereignete sich in den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen. Gleichzeitig wurde dadurch das bedeutendste Unterdrückungssystem der Engländer im landwirtschaftlichen Bereich Indiens etabliert.

Die traditionellen Steuereintreiber (Zamindars) des Nabobs von Bengalen wurden durch das *Permanent-Settlement-Gesetz* von 1793 kurzerhand zu Eigentümern des Landes in ihrem Steuerbereich erklärt und für die Eintreibung der Steuer und deren teilweise Ablieferung an die Kolonialherren verpflichtet. Die Bauern, die zwar bislang auch erheblichen Bodenpacht zu bezahlen hatten, verloren durch dieses Gesetz ihren traditionellen Anspruch auf das bearbeitete Land, wurden also enteignet.

Die neuen Eigentümer konnten nun mit dem Boden machen, was ihnen beliebte — etwa den Pacht erhöhen und bei Zahlungsunfähigkeit das Land einem anderen, mehr zahlenden Bauern verpachten.

Da die Landlords in der Regel das abwechslungsreiche Leben in Kalkutta dem Steuereintreiben vorzogen, beauftragten sie Untersteuereintreiber, die fixe Summen abliefern mußten. Hatte sich die finanzielle Position eines Untersteuereintreibers durch das Steuereintreiben genügend gefestigt, so delegierte er seine Funktion ebenfalls. Auf diese Weise entstand eine Kette von einheimischen Parasiten, die an der Aufrechterhaltung des Status quo ebenso interessiert waren wie die Engländer. Sie nahmen den Kolonialherren in vielen Fällen die Unterdrückung lokaler Auf-

stände ab.

Am Ende der britischen Herrschaft befanden sich fast 45 Prozent des bebauten Landes in den Händen der *Zamindars*. [8]

Die Bemühungen der einheimischen Bauern, die vorwiegend subsistenzorientierte Landwirtschaft durch den Aufbau eines kommerziellen landwirtschaftlichen Sektors zu modernisieren, wurden von den europäischen Kolonialmächten lange Zeit erfolgreich unterdrückt. Das Kolonialregime war bestrebt, die wichtige Erwerbsquelle aus dem Anbau von Gummi, Zuckerrohr, Tabak, Kaffee, Tee usw. als ein Privileg der *eingewanderten europäischen Plantagenbesitzer* zu sichern. [9]

Selbst wenn die diskriminierenden Maßnahmen der Kolonialpolitik nicht erfolgt wären, hätten die einheimischen Klein- und Mittelbauern im Konkurrenzkampf gegen die kapitalstarken europäischen Pflanzler keine Chance gehabt. Obwohl die einheimische ländliche Oberklasse ihren Großgrundbesitz für die Plantagenwirtschaft einsetzte, blieb sie doch ausschließlich unter der Kontrolle des Kolonialregimes, da entweder die Inlandsnachfrage dieser Produkte in den Kolonien sehr gering war (zum Beispiel Gummi) und der Auslandsabsatz von den Kolonialbehörden kontrolliert wurde, oder die Inlandsnachfrage von dem von Europäern dominierten monopolartigen Gebilde der verarbeitenden Industrie bestimmt wurde (zum Beispiel Tee, Zuckerrohr).

Die Dominanz des ausländischen Kapitals in der kommerziellen Landwirtschaft und in den verarbeitenden Industrien in Indien war die Folge des *forcierten britischen Kapitalexportes*, der durch die Absatzbeschränkungen infolge der industriellen Entwicklung der westlichen Staaten notwendig wurde. Daher mußten die britischen Kapitalexporthen zum Teil in die Gebiete ausweichen, in denen industrielle Konkurrenz durch Gewalt unterdrückt werden konnte. Das Zeitalter des Liberalismus war angebrochen.

3. Sinken der Profitrate und Kapitalexport

Um 1850 ging mehr als die Hälfte der britischen Auslandsinvestitionen nach

Europa und USA. Mit dem Aufkommen der Konkurrenz sank dieser Anteil von 1860 bis 1890 von 25 Prozent auf 8 Prozent in Europa und nahm auch in den USA allmählich ab. Die britischen Kapitalexporthen wichen zunächst vor allem in die unterentwickelte Welt aus. In den 1850er Jahren nahm Indien etwa 20 Prozent des britischen Kapitalexportes auf, danach sank sein Anteil wieder. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges investierten die Briten mehr als ein Drittel Milliarden Pfund in Indien (knapp ein Zehntel der britischen Auslandsinvestitionen), davon mehr als ein Drittel allein in die *Eisenbahn*, die das wichtigste Ausbeutungsvehikel wurde.

Der Anteil Lateinamerikas am britischen Kapitalexport verdoppelte sich von 1850 bis 1880 auf etwa 20 Prozent. Die größte Steigerung der britischen Auslandsinvestitionen vollzog sich jedoch in den „weißen“ Dominien (Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika), deren Anteil von 12 Prozent in den 1860er Jahren auf 30 Prozent in den 1880er Jahren stieg.

Von 1870 bis 1913 investierte Großbritannien etwa zwei Fünftel des inländischen Sparvolumens, etwa 5 Prozent des Nationaleinkommens, im Ausland — jährlich etwa 50 Millionen Pfund im Durchschnitt. 1913 betrug der Wert dessen, was Großbritannien im Ausland besaß, 4 Milliarden Pfund, verglichen mit knapp 5,5 Milliarden Pfund im Besitz von Frankreich, Deutschland, Belgien, Holland und den USA zusammen. [10]

Indien hatte gegenüber der übrigen Welt einen enormen Handelsüberschuß, der von den Engländern abgesogen würde durch das gewaltsam erzwungene Handelsdefizit gegenüber Großbritannien, durch die *Home Charges*. (Indiens Zahlungen für den Vorzug, von Großbritannien verwaltet zu werden) und die immer höheren Zinsen für die indischen Staatsschulden.

Lord Hastings, nicht nur ein genialer Feldherr, sondern auch ein guter Kaufmann, baute den *Opiumhandel* zum Staatsmonopol aus, was dem britischen Indien ein Siebentel seiner Staatseinnahmen brachte. [11] Daher ist es verständlich, daß Großbritannien 1839 zum ersten Opiumkrieg blies, als der

Kaiser von China den britischen Kaufleuten das Recht des freien Opiumhandels mit China streitig machte.

Noch 1870 bestand fast die Hälfte aller Importe Chinas aus diesem Narkotikum. [12]

Der in Indien produzierte gesellschaftliche Mehrwert wurde teilweise für die Kapitalakkumulation unter britischer Kontrolle verwendet, teilweise wurde er vom Kolonialregime abgesogen und für die Entwicklung der britischen Wirtschaft eingesetzt. Die Eingriffe in die vorhandenen Sozialstrukturen schufen ein landwirtschaftliches Ausbeutungssystem, in dem die sozioökonomische Emanzipation der vorwiegend agrarischen Bevölkerung Indiens unmöglich wurde, zumal sich das elitäre Bildungssystem auf die Schaffung einer kolonialmachtkonformen einheimischen Verwaltungselite beschränkte, deren Existenz von der Aufrechterhaltung dieses Systems abhängig gemacht wurde.

Auf Grund dieser Analyse ist die eingangs geäußerte These, daß die britische Kolonialpolitik in Indien die Ursache der heutigen Unterentwicklung ist, zumindest teilweise verifiziert. Allerdings ist ein monokausaler Erklärungsversuch nicht haltbar. Die Tatsache, daß die Briten zunächst einen großen Teil des Asienhandels unter ihre Kontrolle bringen konnten und trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit riesige Gebiete Südasiens ohne allzugroße Schwierigkeiten militärisch unterwerfen konnten, spricht dafür, daß in diesen Ländern — insbesondere in Indien — wichtige autochthone Ursachen der sozioökonomischen Stagnation existierten.

4. Klassenstruktur und Befreiungsbewegung

Die Mitglieder der orthodoxen hinduistischen Oberklassen waren von den Kolonialherren nicht zur Kollaboration zu bewegen — für sie waren die Engländer *outcastes*. Um das riesige Gebiet möglichst reibungslos unter Kontrolle zu halten, mußten die Engländer eine einheimische Verwaltungselite aufbauen. An den Universitäten Englands wurden den jungen Indern gehobener Kasten westliche Werte und Loyalität zum *British Raj* antrainiert. Es entstan-

den eine neue professionelle und kommerzielle Mittel- und Oberklasse mit gemeinsamer Sprache und gemeinsamen Werten. Diese *Westernized Class* wurde zur zentralen Stütze der britischen Herrschaft, die deren Privilegien garantierte.

Mit ihrer sozialen und ökonomischen Konsolidierung gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich diese anfängliche Herrschaftsstütze jedoch zum Träger der emanzipatorischen Befreiungsbewegung. Das Leitmotiv der Gründungsversammlung des *Indian National Congress*, angestimmt durch Advokaten, Lehrer, Journalisten und andere Vertreter der *Westernized Class*, war Nationalismus.

Der Befreiungskampf erhielt trotz der anfänglichen Allianz zwischen Hindus und Moslems (die rund ein Viertel der Bevölkerung ausmachten) durch die geistige Dominanz *Gandhis* sowohl in Appell als auch in Kampfform ein typisch hinduistisches Gepräge. *Gandhis* Kampfform — *Satyagraha* (Seelenkraft) — war gewaltfreier Widerstand als eine besondere Form der Moral. Er zielte ab auf die „Änderung des Herzens“, wodurch die gesellschaftlichen Verhältnisse geändert werden sollten. Dabei lehnte er die Sozialgesetzgebung als Anwendung von (staatlicher) Gewalt ab.

Obwohl der bengalische Führer C. R. Das und der Rechtsanwalt Motilal Nehru als Opponenten *Gandhis* versuchten, dem Nationalkongreß ein säkulares Gepräge zu geben, war für die Moslems spätestens zu Beginn der dreißiger Jahre klar, daß man im Nationalkongreß mit wenigen Ausnahmen vor allem für die *Unabhängigkeit eines hinduistischen Indiens* kämpfte.

Muhammed Iqbal legte 1930 in Cambridge sein Konzept eines Moslemsstaates dar. Als 1934 Mohammad Ali Jinnah die Führung der reorganisierten Muslim League (die schon bei ihrer Gründung 1906 als Schutz vor der Hindu-Dominanz konzipiert war) übernahm, erhielt die separatistische Bewegung einen Führer, dessen Ziel Pakistan hieß.

Die in der Befreiungsbewegung dominierenden bürgerlichen Mittel- und Oberklassen *lehnten eine revolutionäre Entwicklung ab*, da sie darin gegenwärtige und erwartete Privilegien ge-

fährdet sahen. Der größte Teil der Macht des Kongresses und die gesamte finanzielle Unterstützung kam bis November 1969 von den professionellen, industriellen und kommerziellen Oberklassen der modernen oder quasi-modernen Sektoren der indischen Wirtschaft, die von Gandhi nie gefährdet wurden.

Das Vermischen von revolutionären Blickpunkten in ökonomischen und sozialen Fragen und das Bemühen um die Interessen der indischen Oberklasse — einschließlich der feudalen Prinzen und *Landlords* — zählten zu den subtilen ideologischen Leistungen *Gandhis* als wirksamer Faktor in der Verhinderung einer revolutionären Entwicklung. „Die besitzenden Klassen fühlten sich sicher und wohl in seinen Händen ...“ [13]

So kam es zu der mit wenigen Ausnahmen (vor allem Kashmir) reibungslosen Integration der etwa 500 Fürstenstaaten. Seither zahlt der Staat jährlich 58 Millionen Rupien (zirka 200 Millionen öS) an die entrechteten Fürsten steuerfrei. [14]

Durch den Befreiungskampf wurde zunächst und vor allem die *formelle* politische Kontrolle Indiens durch Großbritannien beendet; *ohne wesentliche Veränderung der internen Klassenstruktur* riß die bürgerliche Oberklasse die politische Kontrolle Indiens mit dem Versprechen an sich, die ungeheuren Probleme des Landes zu lösen.

5. Religion als Herrschaftsinstrument

Nach dem Ende der Kolonialzeit lebten fünf Sechstel der rund 360 Millionen Einwohner in Dörfern; dabei reichte der Pro-Kopf-Konsum von etwa 1900 Kalorien pro Tag (weit über 3000 in den entwickelten Ländern) lediglich für chronische Unterernährung.

Ein Fünftel der Landbevölkerung verfügte über keinen Grundbesitz. Ein knappes Drittel bewirtschaftete Land bis zu einem Hektar. Ein weiteres Drittel verfügte über Besitzgrößen zwischen einem und vier Hektar. *82 Prozent der Landbevölkerung verfügten über ein Drittel der bebauten Ackerfläche Indiens.* Die anderen zwei Drittel waren die ökonomische Basis der herrschenden Klasse der Großgrundbesitzer. [15]

Die *Nahrungsmittelproduktion* im Gebiet von Indien und Pakistan war in der Zeit von 1893 bis nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur pro Kopf um ein Drittel, sondern auch absolut um 5 Millionen Tonnen gesunken, der Anteil der agrarischen an der gesamten Bevölkerung in der gleichen Periode von 60 Prozent auf 84 Prozent gestiegen. [16]

Die Ernteerträge bei den wichtigsten Nahrungsmitteln Reis, Weizen und Mais waren in den entwickelten Ländern drei- bis viermal höher als in Indien. Die Analphabetenrate betrug 83 Prozent. [17]

Daß die Überwindung dieser Situation durch umfassende Industrialisierung von der Kolonialpolitik zumindest behindert wurde, konnte in groben Zügen dargelegt werden. Die wichtigste autochthone und quasi-autonome Ursache der sozioökonomischen Stagnation ist die religiöse Wert- und Normordnung des Hinduismus, der — im Gegensatz zu China — die theoretisch und praktisch weltverneinendste Ethik hervorgebracht hat. [18] Das Bedürfnis zu leiden und die Akzeptierung erlebten Leids sind *die* psychologischen Voraussetzungen der Ausbeutung.

In der indischen Kastenordnung ist die Erbllichkeit des Berufes im Rahmen des metaphysisch sanktionierten Dienstleistungssystems (*jajami*) eine zentrale Norm; die Ausbeutung der Unterkasten und *outcastes* durch die Oberkasten erscheint als gottgewollte Arbeitsteilung zum Wohle aller.

6. Das Wesen der Landreform

Der bedeutendste Versuch, die indische Landbevölkerung von ihrem Elend zu befreien, war das *Community Development Programme*, das 1952 im Rahmen der Planungskommission lanciert wurde. Das Land wurde in über 5200 Entwicklungsblocks eingeteilt, jeder mit etwa 100 Dörfern. Die *Village Level Workers (gram sahayak)*, von denen jeder einige Dörfer betreute, sollten die Initialzündung für soziale und ökonomische Emanzipation liefern. [19] Gemäß dem Prinzip demokratischer Zentralisierung sollte die Initiative auf Dorfebene durch die Institution des *Panchayat Raj* (Fünferat) mobilisiert

werden. Der einzelne sollte an den lokal relevanten Entscheidungen teilnehmen, mit modernen landwirtschaftlichen Techniken vertraut gemacht werden.

Die progressiven Kräfte erhofften sich hiervon nicht nur die dringend notwendige Steigerung der Produktion, sondern vor allem die Veränderung des durch die Kastenordnung deformierten Hindubewußtseins. Auf Grund der beträchtlichen Massenbasis, über die der Kongreß zu Beginn der fünfziger Jahre verfügte, bestanden erhebliche Chancen für die Verwirklichung dieses Programms.

Als Parallelaktion wurde 1953 der *National Extension Service* inauguriert, der sich vor allem um die Verbreitung moderner landwirtschaftlicher Techniken bemühte. [20]

In der „Nagpur-Resolution“ der Kongreßpartei wurde 1959 das *Cooperative Joint Farming* als Kernziel der indischen Landwirtschaftspolitik festgelegt. Die einzelnen Länder (States) wurden aufgefordert, Obergrenzen landwirtschaftlicher Besitzgrößen (*ceilings*) festzulegen. Andererseits wollte man durch Zusammenlegung von Kleinbesitz rationelle Bearbeitungsflächen schaffen.

Um bei Nahrungsmittelknappheit den Hortungen der Großgrundbesitzer und Großhändler zwecks Preissteigerung zu begegnen, plante man die staatliche Kontrolle des Nahrungsmittelgroßhandels.

Die Realisierung dieses Programms setzt die strukturelle Änderung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse voraus. Daher wurde bereits in den frühen fünfziger Jahren die *Landreform* in Angriff genommen. Die Verfassung 1949 legt in der föderalistischen Struktur Indiens die eindeutige Dominanz des Zentrums in New Delhi fest; jedoch sicherten sich die traditionellen ländlichen Oberklassen die entscheidenden Machtbasen in den *State Assemblies* (Landtagen), da die Verfassung neben dem Bildungswesen auch die Landreform in die Agenden der einzelnen Länder übertrug. *Social change* im Herrschaftsbereich!

Die Zamindars, die fast 45 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens besaßen, mobilisierten ihre Lobbies in den State

Assemblies, da die formelle Abschaffung dieser feudalen Landlordklasse der Optik wegen unumgänglich war. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Entschädigung, die je nach Ausbeutungsfläche das Drei- bis Zwanzigfache des jährlichen Nettoeinkommens betrug, kostete dem Staat rund 6,6 Milliarden Rupien. [21] Das ist ein Drittel der Gesamtkosten des ersten Fünfjahrplans und mehr als für die Entwicklung der Landwirtschaft, Community Development, Bewässerung und Flutkontrolle vorgesehen wurde.

Die Zamindars erhielten überdies das Recht, eine bestimmte Fläche Landes für „persönliche Bearbeitung“ zurückzubehalten. Daß für die „persönliche Bearbeitung“ permanente Arbeit beziehungsweise Wohnsitz auf dem Besitz notwendig sei, wurde nicht in den Gesetzestext aufgenommen. In fast allen Ländern war das „persönlich bearbeitete“ Land so groß, daß dieses an Pächter *weiterverpachtet* werden konnte, wenn nötig als landwirtschaftliche Arbeiter verschleiert. [22]

Bei der Beantwortung der Frage, wem das Land zustehe, das aus Zamindarbesitz zu verteilen war, half die *Kastenordnung*, die zwar formell durch den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung abgeschafft wurde, [23] tatsächlich aber den Tages- und Lebensablauf des Inders bestimmt wie eh und je. [24] In der Kastenordnung existieren Kasten und Subkasten, deren Position und Status durch die Tätigkeit „Bearbeitung des Bodens“ gekennzeichnet ist. Als sich unter dem Einfluß der Kolonialherrschaft das Unterpächtersystem entwickelte, verschwand in vielen Fällen die ursprüngliche Identität von ökonomischer Aktivität und Statusattribut. Die tatsächliche Bodenbearbeitung ging mit der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Reservearmee immer mehr auf unterprivilegierte Tagelöhner und kleine Unterpächter über, der traditionelle Status des *Cultivators* reduzierte sich auf ökonomische Funktion des Verpachtens beziehungsweise Anstellens von Tagelöhnern. Bei der Aufteilung des Landbesitzes der Zamindars wurden die im Sprachgebrauch der Kastenordnung als „Bearbeiter“ bezeichneten bevorzugt, unabhängig davon, ob sie das Land tatsächlich selbst bearbeiteten oder es verpachteten.

Lakonisch heißt es in einem Bericht der

Planungskommission unter dem Titel „Progress of Landreform“: „Beträchtliche Flächen wurden auf diese Weise an Unterpächter weiterverpachtet. Bei der Abschaffung der *Intermediaries* blieb der Unterpacht in der Regel erhalten.“ [25]

Um die Natur der indischen Legalität noch etwas zu erhellen, sei erwähnt, daß bei der neuesten Pachtgesetzgebung in Andhra Pradesh und Madras der festgesetzte Pacht 40 bis 45 Prozent des landwirtschaftlichen Bruttoproduktes des verpachteten Landes beträgt, wobei der Pächter die Produktionskosten zu tragen hat. [26]

Die Empfehlung der Planungskommission an die einzelnen Länder, gesetzliche Obergrenzen von Landbesitz festzulegen, verhallte ungehört bis in die späten fünfziger Jahre. Durch die Verfassungsnovelle 1958 wurde dann die diesbezügliche Kompetenz der Länder dem Zentrum übertragen und die Obergrenze zwischen etwa 8 und 120 Hektar festgelegt. Jedoch verfehlte auch diese Gesetzgebung ihr Ziel, da die Großgrundbesitzer das „Überschußland“ (*surplus*) vor der Aufteilung verkauften oder den Besitz unter ihrer Verwandtschaft aufteilten oder die Verantwortlichen der Landreform bestachen. [27]

Trotz umfangreicher Manipulationen dieser Art wurde in allen Staaten ein Teil des Großgrundbesitzes zum *Surplus* erklärt, der gemäß Gesetz verteilt werden sollte. Es waren dies etwa drei Millionen Hektar. 1969, rund neun Jahre nach Verabschiedung der Gesetze, las man, daß in den meisten Staaten *erste Schritte* zur Verwirklichung der gesetzlichen Maßnahmen eingeleitet seien. [28]

Die Einrichtung des *Panchayat Raj* gemäß Artikel 40 der Staatsverfassung hat die Machtausübung der ländlichen Oberklasse dem Schein der Demokratie angepaßt, quasi legalisiert und deren Herrschaft über die Unterklasse gefestigt, womit sich der Sinn des *Panchayat Raj* als *local self-government* in der Praxis in sein Gegenteil verkehrt hat.

7. Konsumkredit als

Herrschaftsinstrument

Eine zentrale Rolle im indischen Ausbeutungssystem spielt der *Geldverleiher*. Er ist im ländlichen wie urbanen Bereich die wichtigste Kreditquelle der Unterprivilegierten. In der Subsistenzwirtschaft vorkolonialer und kolonialer Zeit beschränkte er sich darauf, bei Mißernten oder Familienereignissen Kredit zu geben; Rückzahlung und Zins wurden meist in Naturalien eingehoben.

Diese und andere Arten des Konsumkredits sind auch heute am meisten verbreitet.

Der Kreis der potentiellen Schuldner umfaßt nicht nur die subsistenzwirtschaftlichen Bauern, sondern auch das besitzlose ländliche und städtische Proletariat. Dazu gehören vor allem die etwa 70 Millionen *outcastes*, die am Existenzminimum leben. Wenn sie gerade nicht arbeitslos sind (durchschnittlich vier bis fünf Monate im Jahr), verrichten sie niedrige Dienstleistungen oder landwirtschaftliche Arbeit für einen Tageslohn von ein bis zwei Rupien, was lediglich für die physische Reproduktion und die teilweise Abtragung der Schuldenlast aus der beschäftigungslosen Zeit des Vorjahres reicht.

Wenn nach der Erntezeit die Tagelöhner wieder überflüssig werden, springt ihnen der Geldverleiher bei zu einem Zinssatz von 120 Prozent pro Jahr. [29] Sein Kredit sichert das Überleben dieser Menschen, damit sie im nächsten Jahr die Zinsen abzahlen können.

Die progressiven Kräfte drängten zwecks Eliminierung der Geldverleiher auf Einrichtung kooperativer Kreditgenossenschaften. Aber 1965 betrug deren Anteil am gesamten ländlichen Kreditvolumen lediglich 10 Prozent.

Die indische *Reserve Bank* ermittelte eine durchschnittliche Verschuldung der 74 Millionen ländlichen Haushalte von mehr als 400 Rupien. [30] Dies ist mehr als das Doppelte des jährlichen Pro-Kopf-Einkommens in der Landwirtschaft.

Da die Verschuldung bei den vorhandenen Wucherzinsen praktisch unüberwindbar ist, führt dies zu immer größerer Abhängigkeit des größten Teiles der Bevölkerung von der kapitalstarken Oberklasse, welche Änderungsversuche

jeglicher Art (Schulbildung, Berufsbildung, politische Aufklärung oder gar Organisierung von Widerstand) wütend bekämpft.

8. Die Fünfjahrpläne

Von den gesamten Ausgaben des *ersten Fünfjahrplanes* (1951 bis 1956) [31] in Höhe von rund 20,12 Milliarden (Mrd.) Rupien (R) konnten nur 12,8 Mrd. R aus dem Steueraufkommen (das knapp 7 Prozent des Volkseinkommens ausmachte) und aus öffentlichen Anleihen finanziert werden. An ausländischer Hilfe standen Devisen im Wert von 2,02 Mrd. R zur Verfügung. Die restlichen 5,3 Mrd. R wurden im Rahmen von *deficit financing* aufgebracht, wobei die *sterling balances* (indische Guthaben in Großbritannien infolge der Kriegsunterstützung im Zweiten Weltkrieg im Wert von 15,16 Mrd. R bei der Staatsgründung) die wichtigste Quelle waren.

Die Investitionsrate während der ersten Planperiode betrug 6,7 Prozent des Volkseinkommens, zu der die privaten Unternehmer 3,6 Prozent beitrugen. Weniger als ein Drittel (30,9 Prozent) der gesamten Planausgaben (ex post) ging in Entwicklung der Landwirtschaft, Community Development, Bewässerung und Flutkontrolle, 42,5 Prozent in die Entwicklung von Energie, Bergwerken, Transport, Kommunikation und verarbeitender Industrie.

Etwa ein Fünftel (21 Prozent) wurde für *social services* ausgegeben; darunter auch für *Bildung*, die lediglich 7,6 Prozent der gesamten Planausgaben ausmachte, obwohl die Analphabetenrate zu Beginn des ersten Planes 83 Prozent betrug.

Die Gesamtausgaben für den *zweiten Fünfjahrplan*, der vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie in Angriff nahm, beliefen sich auf etwa 46 Mrd. R. Da die geplante Erhöhung des Steueraufkommens von knapp 7 Prozent des Volkseinkommens im ersten Plan auf 10 Prozent im zweiten Plan nicht gelang, mußten andere, vor allem ausländische Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Die ausländische Hilfe stieg von 2,022 Mrd. R im ersten Plan auf 8 Mrd. R im zweiten Plan. Ausländische Privatinvestitionen, erstmals seit der Kolonialzeit wieder in größerer Höhe,

steuerten etwa 1 Mrd. R bei, die Sterling-Guthaben in London 2 Mrd.R.

Die Ausgaben für die Landwirtschaft sanken von 30,9 Prozent der gesamten Planausgaben in der ersten Planperiode auf 21,9 Prozent in der zweiten Planperiode. Die Ausgaben für den industriellen Sektor stiegen von 42,5 Prozent in der ersten Planperiode auf 56,3 Prozent der gesamten Planausgaben im zweiten Plan. Die geplanten Ausgaben für *Bildung* sanken auf 6,4 Prozent.

Die Investitionsrate (ex post) stieg von 6,7 Prozent (erster Plan) auf 10,8 Prozent (zweiter Plan), wobei etwa 5 Prozent aus privaten Quellen kamen.

Die Gesamtausgaben für den *dritten Fünfjahrplan* in der Höhe von 86,3 Mrd. R waren doppelt so hoch wie im zweiten, mehr als viermal so hoch wie im ersten Plan. Da die erwartete Zunahme der privaten Investitionstätigkeit nicht eintrat, sondern von 5 Prozent des Volkseinkommens (in der zweiten Planperiode) auf 4,5 Prozent (in der dritten Planperiode) absank, mußte die staatliche Investitionstätigkeit wesentlich erhöht werden, um ein Absinken der gesamten Investitionsrate zu verhindern. Trotz massiver ausländischer Kapitaleinfuhr konnte die Investitionsrate nur unwesentlich von 10,8 Prozent (zweite Planperiode) auf 11,5 Prozent (dritte Planperiode) erhöht werden.

Damit war es trotz 15jährigem Bemühen nicht gelungen, die Investitionsrate auf 13 bis 15 Prozent zu erhöhen, was von manchen Entwicklungstheoretikern als „Minimum effort“ für den „Take-off into selfsustained growth“ [32] angesehen wird.

Das Pro-Kopf-Einkommen in den sechziger Jahren stagnierte auf einem Stand, der zu den niedrigsten der Welt zählt. Private Goldhortungen im Wert von etwa 4 Mrd. Dollar blieben weiterhin ungenützt, ebenso die potentielle Arbeitskraft von 20 Millionen Arbeitslosen (davon fast eine Million mit höherer Schulbildung) und 30 Millionen „verschleiert“ Arbeitslosen. 1965 gingen 70 Prozent der zehnjährigen Indier nicht zur Schule,

Im *vierten Fünfjahrplan* (seit 1. April 1969 in Kraft) will man sich weniger auf die Schaffung neuer als auf die intensivere Ausnützung bestehender Kapazitäten konzentrieren. Als organisa-

torische Basis soll eine weniger stringente Planungstechnik (*indicative planning*) das frühere *imperative planning* ablösen, dessen „Imperative“ an Hand der Landwirtschaftspolitik analysiert wurden. Die Kräfte, die Indiens Stagnation in den vergangenen zwei Jahrzehnten besiegelten, wollen sich in der vierten Planperiode mehr Bewegungsfreiheit gewähren.

Die Planziele der Nahrungsmittelversorgung in den fünfziger Jahren basierten auf der Annahme einer Bevölkerungswachstumsrate von etwa 1,5 Prozent im Jahr. Als im Census 1961 festgestellt wurde, daß sie bei 2,16 Prozent lag und die Nahrungsmittelimporte ständig erhöht werden mußten, setzte die Planungskommission im dritten Fünfjahrplan (der 1961 anlief) das Ziel der Nahrungsmittelstversorgung bis 1966. Die hierzu nötige Änderung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse scheiterte jedoch am Widerstand der ländlichen Oberklasse.

Der Widerstand der herrschenden Klasse gegen die Politik der progressiven Kräfte erhielt 1959 durch die Gründung der Swatantrapartei („Freiheitspartei“) eine umfassende organisatorische Basis. Sie unterstützt private Initiative in allen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen, wendet sich gegen kooperative Landwirtschaft, Obergrenzen landwirtschaftlichen Besitzes, staatliche Kontrolle des Nahrungsmittelgroßhandels, Verstaatlichung, Wohlfahrtsstaat und Sozialismus. Ehemalige Maharajas und Zamindars zählen zu ihren profiliertesten Führern.

Bei den dritten General Elections 1962 kandidierte die Partei erstmals und wurde in vier Staaten die Hauptopposition.

9. Hunger als Instrument der Preispolitik

Die stagnierende Nahrungsmittelproduktion bei einer Bevölkerungszunahme von mehr als 10 Millionen Menschen im Jahr zwang zur Erhöhung der Nahrungsmittelimporte von 4,6 Millionen Tonnen (1963) auf 6,3 Millionen Tonnen (1964). Dadurch wäre die Nahrungsmittelversorgung von etwa 17 Unzen pro Kopf und Tag ohne Preisan-

stieg gesichert gewesen. Trotzdem stiegen die Nahrungsmittelpreise von März 1963 bis Oktober 1964 um fast 50 Prozent. [33]

Die Untersuchungen ... in Andhra, Tamilnad und Kerala haben eindeutig gezeigt, daß die gegenwärtige Hyperinflation hauptsächlich ein Resultat der Herrschaft der großen Landbesitzer und Großhändler über das Nahrungsmittelangebot ist, wobei diese oft genug dieselbe Person oder nahe Verwandte sind. Diese Schichten sind in der Lage, sich adäquaten Kredit von den kommerziellen Banken und kooperativen Kreditinstituten zu sichern, da diese unter ihrer Kontrolle stehen. In vielen Fällen sind sie selbst Geldverleiher oder mit solchen nahe verwandt. [34]

In einer Studie der Vereinten Nationen 1965 heißt es: „Der Hauptfaktor der Nahrungsmittelkrise (in Indien) ... scheint die spekulative *Hortung* von Weizen und Reis zu sein.“ [35]

Im Parlament haben die progressiven Kräfte dagegen keine Chance. 37 Prozent der Abgeordneten der Kongreßpartei leben vom Großgrundbesitz und den damit verbundenen Praktiken; bei den Parteien rechts vom Kongreß ist der Anteil noch höher. [36]

1965/66 blieb der Monsun aus, worauf die Nahrungsmittelproduktion von 88,4 Millionen Tonnen (1965) auf 74,5 Millionen Tonnen (1966) absank. Es drohte ein Aufstand der Hungernden und die Plünderung der Hortungslager.

Als im Juni 1965 das indisch-amerikanische Abkommen über Nahrungsmittellieferungen ablief, lieferte Washington die Nahrungsmittel lediglich von Monat zu Monat und machte kein Hehl daraus, daß dies das Druckmittel zur Änderung der indischen Landwirtschaftspolitik war. [37]

Das Ergebnis war die *New Agricultural Strategy* des vierten Fünfjahrplanes, der am 1. April 1969 anlief und die akute Nahrungsmittelknappheit beseitigen soll durch intensive Förderung der Landwirtschaft in 16 Millionen Hektar Ackerlandes mit optimalen Bedingungen. Dies ist weniger als ein Zehntel der gesamten bebauten Fläche, woraus hervorgeht, daß das *breit angelegte Community Development Programme de facto liquidiert wurde*.

10. Internationale Kapitalhilfe

Nach Erreichung der politischen Unabhängigkeit Indiens übertraf die Repatriierung von Kapital bei weitem den Einstrom von ausländischem Privatkapital infolge der erhöhten Unsicherheit. Die Großunternehmungen der westlichen Welt zogen es vor, sich am ertragreichen Wiederaufbauboom nach dem Zweiten Weltkrieg in den industrialisierten Ländern zu beteiligen. Erst zu Beginn der sechziger Jahre kam es wieder zu einem positiven Nettoeinstrom an ausländischem Privatkapital, das allerdings im Vergleich zur „öffentlichen“ Kapitalhilfe quantitativ kaum ins Gewicht fiel.

Die Versuche, ausländisches Privatkapital nach Indien zu bringen, wurden von vielen als zu zaghaft angesehen. Man erwartete von der Investitionstätigkeit ausländischer (vor allem britischer und amerikanischer) Firmen, daß technisches Wissen verbreitet, die lokale Nachfrage nach Einsatzgütern erhöht und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden würde.

Die Erfahrungen auf diesem Gebiet faßte P. S. Lokanathan zusammen. [38] Er beschwert sich über den „Widerstand der Ausländer, technisches Wissen an ihre indischen Partner zu vermitteln.“ Die Preise der von den ausländischen Firmen produzierten Güter waren um durchschnittlich 50 bis 100 Prozent höher als in den Kapitalexportländern und erlaubten „sehr viel höhere Profite“ als in den Herkunftsländern der Investoren.

Da in der Regel kapitalintensive Techniken eingesetzt wurden, war der Effekt dieser Investition auf die *Arbeitslosigkeit* praktisch bedeutungslos. Sie hat sich in der Laufzeit der Fünfjahrpläne *vervierfacht*.

Die Verschuldung des indischen Staates infolge Entwicklungshilfe stieg von 300 Mill. Dollar (1955) auf 6 Mrd. Dollar (1966). Im selben Zeitraum erhöhten sich die jährlichen Zinszahlungen von 12 Mill. Dollar auf 300 Mill. Dollar. [39] Der Anteil der Geschenke an der Entwicklungshilfe (ohne Nahrungsmittel) beträgt etwa 8 Prozent, 92 Prozent sind in konvertibler Währung zurückzuzahlen. [40]

Die gesamten ausländischen Hilfszah-

lungen an Indien betragen im dritten Plan 4,3 Mrd. Dollar, was mehr als ein Drittel (37 Prozent) der gesamten Planausgaben war. In der gleichen Periode betrug die Höhe des laufenden Kapitaldienstes 1,2 Mrd. Dollar (was etwa einem Viertel der gesamten Exporteinnahmen dieser Periode entspricht); wodurch die Nettohöhe der Hilfe 3,1 Mrd. Dollar betrug. Wenn nun im vierten Plan die gesamte Bruttihilfe von 4,3 Mrd. Dollar unter den gleichen Bedingungen wie im dritten Plan aufrechterhalten wird, so wird sich der Kapitaldienst auf etwa 2,6 Mrd. Dollar belaufen, wodurch der Nettobetrag auf 1,7 Mrd. Dollar absinken wird. *60,5 Prozent der Entwicklungshilfe werden also für den laufenden Kapitaldienst angewendet werden müssen.* [41] Dies wird sich im vierten Plan realisieren, da die Senkung der Nettoentwicklungshilfe um die Hälfte geplant ist.

Diese Tendenz gilt für alle unterentwickelten Länder. Der Bruttokapitalfluß an öffentlichem und privatem Kapital in diese Länder betrug in der Mitte der fünfziger Jahre etwa 7,5 Mrd. Dollar pro Jahr, der Nettokapitalfluß nach Abzug des laufenden Kapitaldienstes und der Gewinne betrug mehr als 6 Mrd. Dollar pro Jahr. Der Bruttokapitalfluß stieg 1964 auf 12 Mrd. Dollar, *der Nettokapitalfluß hingegen war bereits auf weniger als 6 Mrd. Dollar abgesunken als Resultat des Anstiegs des Kapitaldienstes und der Gewinne.* [42]

Um die Motivationen der „Entwicklungshilfe“ noch etwas zu erhellen, sei deren nachfragebelebender Effekt in den „Geberländern“ erwähnt. 80 Prozent der öffentlichen Kapitalhilfe der deutschen Bundesrepublik an die sogenannten Entwicklungsländer fließen in Form von Aufträgen an die Bundesrepublik zurück. [43] 1965 waren 92 Prozent der gesamten Entwicklungshilfe der USA „gebunden“, [44] das heißt, sie konnten nur für Zwecke verwendet werden, die von den Geldgebern festgelegt wurden. Durch diese „Bindung“ *verteuern* sie die von den Entwicklungsländern gekauften Güter bis zu 40 Prozent, da sie nicht auf dem günstigen Markt eingekauft werden können. [45]

Die öffentliche Kapitalhilfe wird teils in militärisch-strategischem Interesse, teils als wachstums- und konjunkturpoli-

tische Maßnahme im Interesse der Kapitalgeber und teils zur Stützung der privaten Auslandsinvestitionen „gewährt“. Trotz der relativ kleinen Zinssätze kommt es infolge des ineffizienten Einsatzes zu einer riesigen Verschuldung der unterentwickelten Länder, die damit *in eine noch größere Abhängigkeit*, insbesondere von den USA, gelangen.

11. Radikalisierung

Die subjektive Integration der Individuen in eine höhere Form der Klassengesellschaft ist nicht möglich, da die dafür notwendige ökonomische Basis nicht vorhanden ist. Dieser Widerspruch kann nur durch eine effektive Landreform und eine forcierte Industrialisierung aufgehoben werden, die aber mit der gegenwärtigen Praxis nicht zu erreichen sind.

Das klassische Modell der Klassengesellschaft wird in Indien in mehrfacher Hinsicht erweitert: Obwohl die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen und vor allem der industriellen Produktion wesentlich höher ist als in der klassischen Klassengesellschaft, trägt dies beim größten Teil der Bevölkerung *nicht* zur Bedürfnisdifferenzierung und -befriedigung bei, da der nach der Ausbeutung verbleibende Rest des gesellschaftlichen Mehrwertes, der dem Proletariat überlassen wird, vom *Bevölkerungswachstum* aufgezehrt wird.

Die Rate der *intellektuellen Arbeitslosigkeit* in Indien steigt ständig. Die Zahl der Arbeitslosen mit höherer Schulbildung hat sich in der Laufzeit der Fünfjahrpläne etwa versechsfacht und liegt gegenwärtig bei einer Million. Dadurch wird die Kluft zwischen sozialem Anspruchsniveau und Anspruchsbefriedigung ständig vergrößert, was die Ursache ständig zunehmender *Radikalisierung* ist.

Einerseits hat sich der bei den zweiten General Elections (1962) begonnene *Rechtsruck* bei den Wahlen 1967 noch verstärkt. Die Stimmengewinne der religiös-traditionellen und beharrenden Kräfte waren zwei- bis dreimal so hoch wie die der Kommunisten. Lediglich in Kerala und Westbengalen, die zwei Länder mit den niedrigsten Analphabetenraten Indiens, zeichnet sich eine gegenläufige Bewegung ab.

Andererseits verstärken sich die *linken*

Kräfte, die den parlamentarischen Weg ablehnen und für eine revolutionäre Entwicklung eintreten; sie sind in der Minderheit, aber diese ist in den letzten zwei Jahren bedeutend geworden.

Eine neue revolutionäre Bewegung begann 1967 im Distrikt Naxalbari in Westbengalen, nahe der chinesischen Grenze. [46] Unter Führung von lokalen Linkskommunisten versuchten landlose Arbeiter und Pächter die Großgrundbesitzer zur Übergabe des *surplus*-Landes zu zwingen, da die von der Landreform geforderte Verteilung nicht zustande kam. Die Arbeiter in den umliegenden Teeplantagen solidarisierten sich. Es kam zur bewaffneten Revolte, bei der elf Menschen getötet wurden. Binnen kurzer Zeit dehnte sich der Aufstand auf siebzig Dörfer aus. Die Polizei schlug den Aufstand nieder. Aber das *Naxalbari-Movement* hat seit Mai 1967 in sechs Staaten Indiens laufend bewaffnete Aufstände organisiert.

In der Resolution auf einem Geheimtreffen in Kerala heißt es: „Das große chinesische Volk hat uns den Weg gezeigt. Es ist der Weg der bewaffneten Revolution ... Unsere wirkliche Stärke liegt in den Millionen Bauern des Landes.“ [47]

Die „Pekinger Rundschau“ schreibt: „Die indischen Revolutionäre gehen von den konkreten Bedingungen in ihrem Lande aus ... die Städte (sind) vom Lande her einzukreisen und die politische Macht (ist) mit Waffengewalt zu erobern.“ [48] Mit der Spaltung der Kongreßpartei im November 1969 und der Solidarisierung der linken Parteien mit der Rumpfpartei hat die Polarisierung ihren einstweiligen Höhepunkt erreicht. Das intellektuelle Potential der Rumpfpartei unter der Führung von *Indira Gandhi* liegt vor allem im aufsteigenden städtischen Bürgertum. Ob dieses jedoch die Macht erlangen wird, die notwendigen radikalen Veränderungen im Rahmen der derzeitigen Staatsform zu initiieren, ist fraglich, zumal da die ökonomische Basis der Kongreßpartei durch den Konflikt mit dem Großkapital gefährdet ist.

[1] Paul M. Sweezy, *Die Zukunft des Kapitalismus*, Kursbuch 16, März 1969, S 175.

[2] Eric J. Hobsbawm, *Industrie und Empire I — Britische Wirtschaftsgeschichte*

seit 1750, Frankfurt: Edition Suhrkamp Nr. 315, 1969, S. 56.

[3] Karl Marx, *Die britische Herrschaft in Indien*, in: *Ausgewählte Schriften*, Moskau: Verlag für fremdsprachige Literatur, 1950, S. 324.

[4] Gunnar Myrdal, *Asian Drama — An Inquiry into the Poverty of Nations*, Harmondsworth: Penguin. Books Ltd., 1968, Vol. I, p. 455.

[5] Eric J. Hobsbawm, a.a.O., S. 76.

[6] a.a.O., S. 149.

[7] Wilhelm Treue, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 1962, S. 41.

[8] Alak Ghosh, *Indian Economy — Its Nature and Problems*, Calcutta: The World Press Private Ltd., 1968, p. 231.

[9] Gunnar Myrdal, a.a.O., Vol. I, p- 448.

[10] John M. Letiche, *Balance of Payment and Economic Growth*, New York: Hayn & Brothers, Publishers, 1959; p. 214-262.

[11] Wilhelm Treue, a.a.O., S. 443.

[12] Eric J. Hobsbawm, a.a.O., S 151.

[13] Percival Spear, *India, A Modern History*, University of Michigan Press, Ann Arbor, 1961, p. 361.

[14] V. P. Menon, *The Story of the Integration of the Indian States*, Calcutta: Longmans, Green, 1956, Chapt. XXV.

[15] Vgl. Heinrich Bechtoldt, *Indien oder China — Die Alternative in Asien*, Deutscher Taschenbuch-Verlag, dtv Nr. 203, 1964, S. 112.

[16] U. N., *Economic Survey of Asia and the Far East*, 1964, Bangkok, p. 117.

[17] Vgl. S. C. Dube, *Indian Village*, Bombay: Allied Publishers Private Ltd., 1967.

[18] Max Weber, *Richtungen und Stufen religiöser Weltablehnung*, in: *Max Weber, Soziologie — Weltgeschichtliche Analysen — Politik*, Stuttgart: Alfred Kröner Verlag, 1964, S. 441.

[19] Government of India, *Planning Commission, Evaluation of the Gram Sahayak Programme*, New Delhi, 196, Chapt. III.

[20] Alak Ghosh, a.a.O., p. 118.

[21] M. L. Dantwala, *Financial Implications of the Land Reform: Zamindari Abolition*, in: *Indian Journal of Agricultural Economics*, Vol XVII, No, 4, Oct.-Dec.

1962, p. 2.

[22] Gunnar Myrdal, a.a.O., Vol. II, p. 1307.

[23] „Equality of Status and of Opportunity“, Präambel der indischen Staatsverfassung vom 26. Nov. 1949.

[24] M. S. Gore, *Urbanization and Family Change*, Bombay, 1968.

[25] Government of India, *Planning Commission, Progress of Land Reform*, New Delhi, 1955, p. 11.

[26] Alak Ghosh, a.a.O., p. 234.

[27] a.a.O., p. 238.

[28] Alak Ghosh, a.a.O., p. 234. 1969, p.8.

[29] Lt. eigenen Stichprobeninterviews in allen großen und vielen Kleinstädten in Indien.

[30] Alak Ghosh, a.a.O., p. 253.

[31] Die folgenden Zahlen, falls nicht anders angegeben, entnommen oder berechnet aus statistischem Material der indischen Planungskommission. — Vgl. Government of India, *Planning Commission, First Five Year Plan, 1952; Dies., Review of the First Five Year Plan, 1957; Dies., Second Five Year Plan, 1956; Dies., Third Five Year Plan, 1961; Dies., Fourth Five Year Plan — A Draft Outline, 1966.*

[32] W. W. Rostow, *The Take-Off into Self-Sustained Growth*, *The Economic Journal*, March, 1956, p. 30.

B. R. Shenoy, *Indian Planning and Economic Development*, Bombay: Asia Publishing House, 1963, pp. 60 f., 83 f., 116 f., 142 f.

[33] Gunnar Myrdal, a.a.O., Vol. I, p. 282, Vol. II, p. 1247.

[34] „The Economic Weekly“, July 1964, p. 1187.

[35] U. N., *ECAFE, Economic Survey of Asia and the Far East*, 1964, Bangkok, 1965, p. 161.

[36] Ratna Dutta, *The Party Representative in Fourth Lok Sabha*, in: *Economic and Political Weekly*, Vol. IV, No. 1-2 (annual number), Jan. 1969, p. 179.

[37] Gunnar Myrdal, a.a.O., Vol. I, p. 284.

[38] P. S. Lokanathan, *Economic Journal*, Vol. LXXVI, No. 304, Dec. 1966, p. 923 f.

[39] U. N, *World Economic Survey 1965*, Chapt. III, p. 9 f.

[40] Manubhai Shah, *Urgent Need for a New Foreign Aid Policy*, in: *Eastern Economist*, Vol. 49, Sept. 8, 1967, p. 437.

[41] S. Aldewereld, *The External Debts of the Developing Countries*, Address to the Political Economy Association, Uppsala, May 4., 1966, p. 16.

[42] S. Aldewereld, a. a. O., p. 7-10.

[43] Klemens Kotowski, *Privatwirtschaftliche Initiativen als Faktor der Entwicklungspolitik*. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit. Beiträge der deutschen Stiftung für Entwicklungsländer*, XIX, Nr. 2, Febr., 1968, S. 3.

[44] *United Nations World Economic Survey 1965*, Part. I, Chapt. 3, Table No. 3-2, p. 13.

[45] *Der gesteignete Yankee*, in: „Die Zeit“, Hamburg, 4. Juli 1969, Nr. 27, 24. Jahr-

gang, S. 6.

[46] Kathleen Gough, *The Indian Revolutionary Potential*, „Monthly Review“, New York, Vol. 20, No. 9, February, 1969, p. 23 f.

[47] *Mao's Fifth Column in India*, in: „Commerce“, Vol. 117, No. 3007, Dec. 21., 1968, p. 1284.

[48] *Tiefgreifende Entwicklung des revolutionären Kampfes des indischen Volkes*, in: „Peking Rundschau“, Peking, 4. März 1969, Jg. VI, Nr. 9, S. 25.

Dritte Welt im FORVM

- Helder Camara, Christen plündern Christen. Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas, März/April 1968.
- Philipp Rieger, 0,26% Nächstenliebe. Zur Politischen Ökonomie der Dritten Welt, Mai 1968.

- Inti Peredo, Vietnam Nr. 2. Revolution in Lateinamerika, Jänner 1969.
- Bob und Mary Fitch, Sollen sie Öl fressen. Zur Politischen Ökonomie Biafras, Anfang März 1969.
- Dieter Danckwortt, Entwicklungshilfe und die Linke, Mitte April 1969.
- Helmut Hajek, Von 250 brasilianischen Bischöfen 10 gegen Diktatur, Aug./Sept. 1969.
- Ivan Illich, Entmythologisierung der Schule, Oktober 1969.
- Ivan Illich, Aus Durst wird Coca-Cola, Hilflose Entwicklungshilfe, Anf. Februar 1970.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels